



Konzeptpapier, 16.11.2016

Offensive Digitale Souveränität für alle

Viele Menschen in Deutschland fühlen sich vom rasanten Wandel hin zu einer digitalen Gesellschaft überfordert und verunsichert. Es regieren – teils berechtigte, teils unbegründete – Sorgen bezüglich Datenschutz und IT-Sicherheit, vor der Ausspähung durch global agierende Unternehmen, durch Nachrichtendienste und Kriminelle.

Zugleich ist die Angst weit verbreitet, die eigenen digitalen Kompetenzen würden nicht ausreichen, um in einer zunehmend digitalen Arbeitswelt zu bestehen. Viele befürchten, dass ihre Kinder – aber auch sie selbst – nicht genug auf die digitale Zeit vorbereitet sind.

Die Bildungsforschung bestätigt, dass viele Deutsche keine oder nur rudimentäre Kenntnisse von einer sinnvollen Verwendung von Netztechnologien haben. Eine Spaltung in Onliner und Nonliner, bei der die souveränen, kompetenten Nutzer und Gestalter der Digitalisierung auf der einen Seite stehen und die braven Konsumenten auf der anderen, diese digitale Spaltung besteht schon heute und sie hat die Neigung, sich selbst zu vertiefen. Wer keine ausreichenden Kenntnisse im Umgang mit digitalen Medien hat, kann sie nicht für den Aufbau weiterer Kompetenzen nutzen, geht zudem unkritischer mit Quellen und Diensten im Netz um und wird somit leichter Opfer von Datenmissbrauch und Desinformation.

Die digitale Gesellschaft wächst und gedeiht und sie wird nicht wieder verschwinden – dieser Realität müssen wir uns stellen. Wir wollen Menschen in die Lage versetzen, selbstbestimmt mit den vielfältigen Chancen und Risiken umzugehen, die die digitale Welt mit sich bringt. Es wäre zudem geradezu verantwortungslos, gerade Heranwachsende ohne pädagogische Begleitung mit den digitalen Medien allein zu lassen, die schon längst selbstverständlich zu ihrer Lebenswirklichkeit gehören. Gerade Schulen müssen den Chancen und Herausforderungen der digitalen Welt begegnen und dürfen sie nicht ausschließen.

Wir wollen die Chancen auf soziale Teilhabe und auf berufliche Qualifikation betonen, die das Netz mit sich bringt. Wir wollen digitale Mündigkeit für alle Menschen ermöglichen, und zwar unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder dem Stand ihres Vorwissens. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir neue Bildungschancen ermöglichen.

Für ein selbstbestimmtes Leben in der digitalisierten Welt braucht es nicht weniger als eine zweite Welle der Alphabetisierung! Alle Menschen im Lande sollen systematisch die Kompetenzen erwerben können, die sie zu einem selbstbestimmten Umgang mit digitalen Medien benötigen. Hierbei handelt es sich um eine politische Gestaltungsaufgabe ersten Ranges.

Wir wollen Mut zum digitalen Wandel. Wir wollen die Digitalisierung als Chance ansehen und sie so gestalten, dass sie zu mehr Gerechtigkeit, Emanzipation und Sicherheit beiträgt – und auch zu einem selbstbewussteren Umgang der Menschen mit dem Netz. Digitale Bildung für alle wird damit zum Schlüssel für eine gerechte Teilhabe.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist der Auffassung, dass es dazu von Seiten des Bundes braucht als eine Investitionsinitiative. Aus dem Koalitionsvertrag ergibt sich die Aufgabe einer Offensive für Digitale Souveränität, die alle Akteure mit einbezieht und die dafür sorgt, dass alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen in Deutschland sich digital bilden können. Wir wollen die Institutionen entlang der



gesamten Bildungskette von den Kindertagesstätten über die Schulen, von der beruflichen Bildung in Berufsschulen und Hochschulen bis hin zur Erwachsenenbildung in die Lage versetzen, digitale Bildung zu ermöglichen.

Mit konkreten Maßnahmen in den Bereichen der Infrastruktur, des Zugangs zu Lerninhalten, beim Kompetenzaufbau und der Pädagogik, Didaktik und Organisationsentwicklung wollen wir digitale Bildung für alle Menschen ermöglichen.

I. Infrastruktur: Initiative „Schule ans Netz 4.0“

1. Alle Schulen in Deutschland sollen bis 2018 an das Glasfasernetz (Gigabit-Netz) angeschlossen und mit WLAN-Infrastruktur ausgestattet werden. Die Initiative dafür soll beim Bund liegen.
2. Materialien und Lerndaten wollen wir zugänglich machen und die Vernetzung und den Austausch fördern. Es gibt schon viele Ansätze der Organisation und Datenverwaltung an Bildungseinrichtungen. Dazu gehören Plattformen für digitale Lehr- und Lernmaterialien als auch für Lehrer- und Schülerdaten, für Schulorganisation und vieles mehr. Anstelle einer bundeseinheitlichen Schul-Cloud soll eine dezentrale Struktur gestärkt und vernetzt werden – und zwar durch die einheitliche Definition von Schnittstellen und Datenstandards, mit denen unterschiedliche Software-Systeme arbeiten können. Eine solche dezentrale Struktur ist auch weniger angreifbar und somit sicherer als eine zentralisierte Lösung. Hierbei ist auf die Kompatibilität über deutsche Bildungseinrichtungen hinaus hinzuwirken, v.a. in Richtung der EU-Partnerländer.

II. Zugang zu Bildungsangeboten und zu Lehr- und Lerninhalten öffnen

3. Offene digitale Lehr- und Lernmaterialien (OER):
 - a. Das BMBF und die Kultusministerien der Länder sollen die Entstehung, Verbreitung und den Einsatz von Open Educational Resources (OER) direkt fördern. Dazu müssen auch Mittel verfügbar gemacht werden, die bisher in die Anschaffung analoger Lehr- und Lernmaterialien fließen.
 - b. OER entstehen durch Koproduktion und Ko-Kreation. Lehrkräfte müssen Stunden, die sie für die Erstellung von OER aufwenden, auf ihre Lehrverpflichtungen anrechnen können. Das gleiche gilt für Hochschullehrende und deren Lehrdeputate.
 - c. Grundlage der Initiativen sollen die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie des DIPF und des Prozesses „Mapping OER“ bei Wikimedia sein, die mit der Förderung des BMBF durchgeführt wurden.
 - d. Wir wollen die Entstehung von Massive Open Online Courses (MOOCs) und andere digitale Bildungsangeboten an Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen fördern und diese für atypische und nonformale Teilnehmer öffnen.
4. Open Access-Lizenzen müssen verpflichtend für alle Lehr- und Lernmaterialien, Forschungsergebnisse und -daten sein, die an Hochschulen überwiegend mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.
5. Die Verwendung urheberrechtlich geschützter Inhalte muss für Zwecke der Bildung und Wissenschaft rechtssicher und offen gestaltet werden. Wir wollen deshalb im Urheberrecht eine klare und weitgehende Schrankenregelung für Bildung und Wissenschaft verankern.



III. Kompetenzaufbau in der Fläche

6. Beratungsstrukturen schaffen: Landes- und Kreismedienanstalten und -zentren sind in der Fläche vertreten, wenngleich mit oftmals nur geringem Anteil digitaler Medien. Anstelle neuer "Regionaler Kompetenzzentren Digitalisierung" sollen die vorhandenen Strukturen mit einer Kompetenzinitiative für digitale Bildung gefördert werden.
7. Multiplikatoren fördern: In allen Stufen der Aus- und Weiterbildung von Erziehern und Lehrkräften müssen digitale Kompetenzen und ihre Didaktik Einzug halten. Die Qualitätsoffensive Lehrerbildung und der Qualitätspakt Lehre müssen für diese Aufgabe weiterentwickelt werden.
8. Volkshochschulen sind in Deutschland in der Fläche präsent. Damit sind sie prädestiniert dafür, niedrigschwellige Programme zur digitalen Grundbildung anzubieten und diese mit Online- und Präsenzkomponenten (Blended Learning) durchzuführen. Die Volkshochschulen müssen finanziell und personell so ausgestattet werden, dass sie digitale Kompetenzen für breite Bevölkerungsschichten ermöglichen können. Sie sollen Angebote für Einsteiger und Fortgeschrittene sowie zur Weiterqualifizierung anbieten und diese auch für atypische und nonformale Teilnehmer öffnen.

IV. Standards definieren und umsetzen

9. Bei der Definition digitaler Kompetenzen für nationale Bildungsstandards und die Curricula der Länder müssen Bund und Länder zusammenarbeiten und die unterschiedlichen Konzepte der Medienbildung und der informatischen Bildung zu einer verpflichtenden Definition digitaler Bildung zusammenführen.
10. Schul- und Organisationsentwicklung fördern: Bildungseinrichtungen müssen Handlungsräume, Zeit und professionelle Beratung in Anspruch nehmen können, die sie beim Change Management in Richtung Digitalisierung brauchen. Durch einen Wettbewerb auf Bundesebene können herausragende Konzepte Förderung erhalten und Schule machen.